



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/178

Hinweise
auf den Inhalt:

Bonn, den 3. August 1951
Friedrich Ebert-Allee 176

Kassation des Komritz - Urteils ?	S. 1
Spannungen in Dänemark	S. 3
IRO - Deportationen	S. 6
Jugend wählt SPD	S. 6
Formularwesen in Ploekstan	S. 7

Vertrauenskrise

P.R. Der Fall Komritz wird solange akut bleiben, bis er im Sinne des Rechtes, das unteilbar ist und ohne Einschränkung gelten muß, befriedigend gelöst ist. Er ist keine Angelegenheit, die man durch diskretes Entgegenkommen der schwächeren an die stärkere Seite aus der Welt schaffen kann. Er ist ein Prüfstein dafür, ob die Verfechter von menschlicher Freiheit und unbeugsamem Recht aufrichtig und konsequent sind oder ob sie diese Postulate nur bedingt anerkennen. "Es ist unmöglich, die Frage nach Recht oder Unrecht einer Tat von dem Nutzen abhängig zu machen, den man von einem Täter hat", hat der Abgeordnete Arndt seinerzeit im Bundestag erklärt.

Das, was von amerikanischer Seite bisher in dieser Sache geschah - Berufung auf alliierte Gesetze, Erklärungen des Rechtsamtes des amerikanischen Hohen Kommissars gegen die Einleitung eines Verfahrens deutscher Stellen gegen Dr. Komritz und zuletzt der Befehl an den Berliner Senat, das ergangene Urteil eines ordentlichen deutschen Gerichtes zu annullieren - sind unmögliche Dinge, die, von ihrem moralischen Inhalt ganz abgesehen, nicht einmal nach der formalen Seite hin auch nur einigermaßen überzeugen können.

Es gibt nach der Berliner Verfassung (und der Bundesjustizminister hat ergänzt: Auch nach dem Grundgesetz) keine Handhabe,

das Urteil eines freien Gerichtes aufzuheben. Das würde das freiheitlich-demokratische Fundament an seiner wichtigsten Stelle untergraben, das in Deutschland neu zu legen sich gerade die westlichen Alliierten besonders angelegen sein ließen. Kemritz selbst ist deshalb auch, so bitteres Leid er über eine im einzelnen noch unbekanntere Zahl von Menschen gebracht hat, nur der äußere Anlaß zu der ernstesten Vertrauenskrise, die die Behandlung seines Falles durch die amerikanische Besatzungsmacht im deutschen Volk ausgelöst hat.

In der Zeitschrift "Der Spiegel" wird jetzt eine Schilderung des Falles Kemritz gegeben, die den Versuch einer Deutung im Sinne des Angeklagten macht. Wenn das gleichzeitig der Versuch einer, vielleicht entschuldigenden Erklärung im Sinne der amerikanischen Haltung sein sollte, so ist er mißlungen, denn es wird die verbrecherische Tätigkeit Kemritz' de facto zugegeben, wenn auch in leicht verhüllender Form. Von allem anderen abgesehen aber würde schon der Satz genügen: "Kemritz wollte durch Hakes Opferung die mißtrauischen Sowjets von seiner östlichen Linientreue überzeugen". Im Übrigen erfährt man bei dieser Gelegenheit, daß Kemritz im amerikanischen Auftrage etwa 140 ehemalige "Abwehrlaute" in die Sowjetzone geschleust habe.

Was nach alledem eine gemischte deutsch-amerikanische Kommission "zur gemeinsamen Besprechung dieses Thomas" noch klären oder gar entscheiden soll, versteht man nicht. Nur das Gericht selbst kann das Urteil aufheben oder eine höhere gerichtliche Instanz, wenn es sie gibt. Oder die Besatzungsmacht kann, kraft ihrer obersten Gewalt im Lande, hingehen und die Akten verbrennen. Auch wenn sie das nicht tut, wird die Mühe haben, das Ansehen ihrer Rechtsauffassung wiederherzustellen.

Auf das, was die Amerikaner für Berlin getan haben, sollte man in diesem Zusammenhang nicht hinweisen. Das sind zwei Dinge, die absolut nichts miteinander zu tun haben. Man kann nicht Hilfe, die man geleistet hat, gegen Unrecht, zu dem man anstiftete oder das man nachträglich billigt, aufrechnen. Daß gerade Prof. Reuter den Amerikanern so unzulänglich seine Meinung sagen mußte, sollte diese zu besonders ernster Selbstprüfung veranlassen.

Böse Ferien für das dänische Kabinett

-nt, Kopenhagen, im August

Auch in Dänemark ging -so wie es in Deutschland der Fall war - die Regierung bedrückt in Urlaub, mit beträchtlichem Unbehagen vor dem, was sie nach ihrer Rückkehr erwartet. Es ist das gleiche Bild: Die freie Marktwirtschaft hat abgewirtschaftet, die hochtönenden Wahlparolen der liberalen Venstre-Regierung sind durch die eigene Politik ad absurdum geführt. Man kann nicht in den leeren Raum hineinliberalisieren, wenn gesteuert werden müßte. Nun genügt der kleinste Anlaß und die schillernde Seifenblase platzt.

Gutunterrichtete Kreise vermuten, daß es schon im beginnenden September im Parlament zu einem Mißtrauensvotum kommt, daß Neuwahlen folgen werden, aus denen die dänische Sozialdemokratie stark genug hervorgehen wird, um die neue Regierung zu bilden. Was das Kabinett kurz vor den jetzigen Ferien noch zu unternehmen versuchte oder sogar an Maßnahmen durchsetzen konnte, stellt die letzten verzweifelten Versuche dar, diese Entwicklung aufzuhalten.

Auch in Dänemark wächst mit den Spannungen der Weltrohstofflage das Defizit der Zahlungsbilanz. Die Rohstoffpreise steigen - Dänemarks Lebensmittelexport, der wesentlichste Faktor seines Außenhandels, ist im Umfang gleichgeblieben, während sich im Frühsommer d.J. der Index zwischen den Ein- und Ausfuhrpreisen bis zu einem Drittel zu Ungunsten des Exports vorschob. Ohne bisher entscheidende Minderungen des Defizits erreicht zu haben, begann die Bauernregierung - gegen das eigene Programm - einschneidende Maßnahmen zu diktieren: Die Festlegung der Fleisch- und Butterpreise wurde verlängert, ebenso - auf die Forderung der Arbeiterschaft hin - die Vorbilligungen für Milch und Brot weitergeführt. Schließlich kam das Kabinett nicht einmal darum herum, die Landwirte - und damit das Gros seiner Wählerschaft - zu zwingen, weitere 450000 to Brotgetreide zu festen Preisen abzuliefern. Gerade bei den Wählern der Regierung wirkte es überdies sehr unpopulär, daß die Preiskontrolle verschärft wurde und man, um auch dadurch die Preise stabiler zu machen, Tendenzen zeigt, den durch die "Freie Markt"-Politik der Regierung unnatürlich aufgeblähten Zwischenhandel zu begrenzen.

Die Regierung aber zweifelt anscheinend selbst, daß ein solcher Versuch (gegen die eigenen Reihen) wirksam gestartet werden kann und ist auf der Suche nach dem Ausweg, auf einen für sie höchst gefährlichen Gedanken verfallen. Wie auch in den anderen skandinavischen Ländern, deren neuere Gesetzgebung unter vorwiegend sozialdemokratischer Initiative stand, wird in Dänemark seit Jahren der jährliche Lebensindex durch staatliche Behörden errechnet und die Löhne und Gehälter den Indexbewegungen automatisch angepaßt. Diese Regelung müßte also in der gegenwärtigen Situation zu einer allgemeinen automatischen Lohnerhöhung führen. Die Regierung aber, die gegen den Widerstand der eigenen Wähler nicht zu Maßnahmen fähig ist, um die akute Krise wirklich zu begrenzen, glaubt hier eine Patentlösung gefunden zu haben und beabsichtigt, den automatischen Angleich der Löhne aufzuheben. Mit dieser Absicht, so urteilen maßgebliche Kreise, hat sie sich selbst für die kommenden Auseinandersetzungen im Parlament den schlechtesten Dienst erwiesen.

Die Gewerkschaften protestieren stürmisch, es ginge nicht an, "den Gaul am Schwanz aufzusäumen", sie fordern Preisstabilisierung und Begrenzung des Zwischenhandels ohne jeden Kompromiß. In noch eindeutigerer Form - so vermutet man - wird die Sozialdemokratie nach den Parlamentsferien zu diesen Fragen Stellung nehmen.

+ + +

Beschwerde eigener Art

(sp) Eine recht interessante Illustration zur gegenwärtig so besonders zugespitzten Lohnsituation in der Landwirtschaft lieferte dieser Tage das agrarische Fachorgan "Niedersächsisches Landvolk".

Es ist heutzutage gewiß nicht verwunderlich, wenn der Sozialminister eines Landes der Bundesrepublik täglich mit Hunderten von Beschwerden aus den Kreisen der Ärmsten bombardiert wird, die alle auf die gleiche Frage hinauslaufen: Wann bekommen wir höhere Unterstützungen?

Das genannte Blatt kann jedoch den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, Beschwerdeführer entgegengesetzter Art zu sein. Es forderte nämlich in einem von Präsident Rehwinkel unterzeichneten

Brief den Sozialminister Albertz auf, die Richtsätze der Arbeitslosen-Fürsorgeunterstützung zu überprüfen, mit dem Ziel, sie herabzusetzen. Die Begründung ist überaus bezeichnend: Es sei vorgekommen, daß in einzelnen Orten die Unterstützung höher als der Lohn eines gelernten Landarbeiters liege. In Gandersheim z.B. erhalte ein arbeitsloser Industriearbeiter 144,-DM im Monat an Alfu-Unterstützung, während die Landarbeiter nur 137,-DM verdienen. Die Unterstützung sei also zu hoch - und nicht etwa der Lohn zu niedrig! Eine entwaffnende Logik.

Hier ist einmal mit einer geradezu brutalen Offenheit ausgesprochen worden, wie sich manche Kreise die Lösung der sozialen Frage vorstellen: Niedrige Löhne und noch niedrigere Unterstützungen, aber hohe Preise!

Nehmen wir noch dazu die kürzliche Äußerung Rehwinkels, wonach "wir mehr arbeiten" müßten, dann kennen wir das Sozialprogramm einer wirtschaftlichen Kräftegruppe, deren politische Interessenvertreterin die DP - also eine Banner Regierungspartei - ist. (Der kanadische Außenminister erklärte gerade eben, einer seiner stärksten europäischen Eindrücke sei der Wiederaufbau Deutschlands gewesen. "Es ist ein simples Geheimnis: Die Deutschen arbeiten sehr angestrengt, härter als die meisten anderen Völker".)

Auch das "Landvolk" muß wissen, daß zahlreiche glückliche Umstände zusammentreffen müssen, wenn ein Alfu-Empfänger 144,-DM im Monat erhält. Die meisten müssen mit ihren Familien von 100,-DM und weniger leben. Aber selbst 144,-DM sind zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Und jeder kann sich davon ein Bild machen, wie es in den Landarbeiterfamilien aussieht, wenn der Landvolk-Präsident selbst einen Lohn von 137,-DM für den gelernten Landarbeiter errechnet.

+ + +

Auslandsarbeiter oder Deportierte ?

Man schreibt uns:

Von den deutschen Technikern und Arbeitern, die sich für das "Snowy Mountain"-Projekt in Australien anwerben ließen und im Juni in Bremen eingeschifft wurden, liegen jetzt Proteste dagegen vor, daß man der IRO ihre Beförderung nach Australien übergeben hatte. Sie wurden nach übereinstimmenden Berichten vor der Abreise von recht arroganten IRO-Angestellten im IRO-Lager Bremen-Walle ungefähr wie aufgegriffene Landstreicher behandelt mit Ausgangsverbot, absolut unnötigen Desinfektionen und ähnlichen Dingen, die offensichtlich den Zweck hatten, den Betroffenen ihre gesellschaftliche Inferiorität zu bescheinigen. Zu ihrer Überraschung mußten sie sich verpflichten, "alle an Bord vorkommenden Arbeiten auszuführen" und wurden so displaced persons, die ihre Reise abzuarbeiten hatten, gleichgestellt, obwohl sie ihre Reisekosten aus dem Lohn zurückzahlen müssen.

Es handelt sich bei den infrage kommenden Personen wohlgemerkt nicht um solche, die sozusagen "auf Verdacht" auswandern, sondern um Techniker und qualifizierte Arbeiter, die einen zweijährigen Arbeitskontrakt mit der Baufirma der "Snowy Mountains" unterzeichnet hatten. In diesem Vertrag verpflichtet sich die Firma, sie dritter Klasse nach Australien zu befördern, gegen Bezahlung des regulären Billettpreises von 150 Pfund, die die Firma vorschießt und dann in Raten vom Lohn abzieht. Die Einschaltung der IRO in ihren Transport wurde den Angeworbenen verheimlicht, erst in Bremen selbst erfuhren sie, daß sie in ein IRO-Lager kämen und erst am Tage der Abreise machte die IRO sie mit ihren Vorschriften, wie Arbeit an Bord, polizeilicher Überwachung durch einen IRO-"officer" an Bord usw. bekannt.

Es handelt sich hier wohl auch um eine gewerkschaftliche Angelegenheit. Die Seeleute haben schließlich einen jahrzehntelangen Kampf darum gekämpft, daß die "Arbeiten an Bord" nur von Seeleuten und nicht von Zwischendeck-Passagieren ausgeführt werden - von den anderen schikanösen Maßnahmen ganz abgesehen.

+ + +

Die Jugend für die SPDNeue Wege der Wahlstatistik

(sp) Ein erster großangelegter Versuch, die politische Tendenz der Stimmabgaben, aufgegliedert nach Geschlechtern und in Altersgruppen gestaffelt, zu analysieren, wurde - wie erst jetzt bekannt wird - bei den letzten Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und zwar in der 7000 Wahlberechtigte umfassenden Stadt Ludwigshafen unternommen.

Frauen und Männer wählten dort getrennt. In vier Altersgruppen - von 21 bis 30 Jahren, von 31-50, 51-65 und über 65 Jahren - aufgeteilt, gingen sie zur Urne. Die Ergebnisse des Versuches sind weit über den Rahmen dieser Wahl hinaus bemerkenswert. 56 Prozent der jungen Männer und 55 Prozent der Mädchen und Frauen aus der jüngsten Wählergruppe stimmten für die SPD. Die bürgerlichen Parteien, vornehmlich die CDU, fanden unter der Jugend ihren geringsten Zulauf.

Ihr Stimmanteil in der gleichen Altersgruppe betrug nur 16 Prozent für die CDU, bzw. neun Prozent für die FDP (bei den Frauen 21 und elf Prozent). Auch in der nächsthöheren Altersstufe, den Jahrgängen der 31-50jährigen, verzeichnen diese Parteien nur zwei bis drei Prozent an Stimmen mehr (CDU 18/25 und FDP 13/11 Prozent), während auch hier die SPD 53 Prozent aller männlichen und 50 Prozent der weiblichen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Ihre stärkste Stimmzahl erreicht die CDU erst bei den ältesten Jahrgängen. 25 Prozent der Männer und 34 Prozent der Frauen über 65 Jahren entschieden sich für sie; doch konnte auch hier die SPD noch wesentlich stärkere Wahlbereitschaft finden, selbst in dieser Altersklasse wurden ihre Kandidaten noch von 50 Prozent der Männer und 44 Prozent der Frauen gewählt.

Der Sozialdemokratie - das geht, ganz abgesehen von den lokalen Verhältnissen der hier erfaßten Stalt, aus dem Ergebnis des Versuches hervor - strömt die Jugend zu, die Jahrgänge der Männer vom 21. bis zum 50. Lebensjahr und in fast noch verstärktem Maße die gleichen Altersgruppen der Frauen.

Genau umgekehrt ist die Staffelung jedoch bei der Wählerschaft der CDU, die ihre meisten Stimmen bei Männern und Frauen über 65 Jahren fand.

Es wäre zu wünschen, daß diese Versuche in noch weit größerem Maßstab durchgeführt werden; geben sie doch untrügliche Klarheit über Aufschwung und Erstarken der Parteien.

+ + +

Kleine Episode - ohne Kommentar

"Der Freie Bauer" - das Organ der ostzonalen Bauern-Aktivistens schreibt:

"Nur" 27 Zentner Formulare

Für die "Umstellung" von Nutztier einer Wirtschaft in die andere ist ein Sollwandelungsverfahren erforderlich.

Um ein Nutztier, ein Ferkel oder ein Rind, mit Sollveränderung weiterzuvermitteln, müssen das Formblatt 2 in dreifacher Ausfertigung zur Entlastung und das Formblatt 4 ebenfalls in dreifacher Ausfertigung zur Belastung ausgefüllt werden. Da unsere Kreisverbände auch einen Nachweis über die von ihnen umgestellten Tiere führen wollen, kommt für jedes Tier noch ein weiteres Formular hinzu. Der eigentliche Sollveränderungsvortrag, der als Teil IA und Teil IIA entworfen wurde, muß ebenfalls in je dreifacher Ausfertigung vorliegen. Während man früher die Umschreibung der Sollwandelung für 80 Schweine in einer Stunde vornehmen konnte, braucht man heute aufgrund der neuen Formulare für dieselben 80 Schweine nahezu einen ganzen Tag.

...Wie sich dieses Formularwesen in der Praxis auswirken kann, illustriert sehr treffend ein Bericht der VgB (BEG) Abwicklungsbüro Abteilung Zucht- und Nutztier, in Salzwedel. Es heißt darin: "Anfang Juni erhielten wir durch einen LEW die Formulare, die für das neue Verfahren benötigt werden. Es waren nur 27 Zentner. Dafür sollen wir jetzt eine Rechnung von über 2.710,40 DM für die Formulare und 242,97 DM für den Transport bezahlen..."